

## BESCHLUSS

# : Selbstverständnis der hessischen Jugendverbände zur Politischen Bildung

## Einleitung: Politische Bildung und Jugendverbandsarbeit

Die Mitgliedsverbände des hjr sind sich einig, dass Jugendverbände wichtige Orte politischer Bildung sind. In ihnen kommen junge Menschen zusammen, um selbstbestimmt und selbstorganisiert, abseits von schulischem Leistungsdruck, ihre Interessen zu formulieren und zu vertreten, ein demokratisches Miteinander zu leben und sich gesellschaftlich einzubringen. Dass politische Bildung eine Kernaufgabe von Jugendverbandsarbeit ist, zeigt sich nicht nur in der alltäglichen Arbeit der Jugendverbände, sondern lässt sich auch in der Satzung des Hessischen Jugendrings erkennen.

In der Satzung des hjr ist explizit festgehalten, dass junge Menschen „im Geiste der Freiheit und Demokratie zu erziehen“ sind und eine wesentliche Aufgabe des hjr darin besteht, junge Menschen „zum kritischen Denken und Handeln auf der Grundlage der realen Verhältnisse unserer Gesellschaft zu befähigen und ihre Bemühungen zur Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche zu fördern“. Ausdrücklich betont wird ferner die Absicht, „Diskriminierung entgegen[zutreten“. Diese Überzeugungen der Jugendverbandsarbeit sind historisch betrachtet zum einen eng verknüpft mit der Zeit nach dem Nationalsozialismus: Im Prozess der Re-Education spielte die außerschulische Jugendarbeit eine wichtige Rolle für die Demokratisierung. Auch Jugendverbände waren wichtige zivilgesellschaftliche Akteur\_innen in diesem Prozess. Zum anderen nahm der Hessische Jugendring insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren eine wichtige Rolle dabei ein, die explizit politische Jugendbildung in Hessen überhaupt erst voranzutreiben und institutionell zu verankern. Auch die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen ist seit ihrer Entstehung ein wichtiger Bezugspunkt für die politische Bildung.

Was unter politischer Bildung genauer zu verstehen ist, ist allerdings schwieriger zu bestimmen, auch weil das Feld der politischen Bildung zunehmend diffus und umstritten ist. Diffus ist das Feld, weil in der Theorie und auch Praxis sehr unterschiedliche Verständnisse darüber bestehen, was als politische Bildung gelten kann und was politische Bildung leisten soll. Umstritten ist das Feld, da unterschiedliche politische Grundüberzeugungen zum Ausdruck kommen, mit denen wiederum bestimmte inhaltliche Schwerpunktsetzungen einhergehen.

All dies hat auch in der verbandlichen Jugendarbeit grundsätzliche Fragen aufgeworfen: Wozu braucht es politische Bildung? Und welches Verständnis von politischer Bildung sollte dabei zugrunde gelegt werden?

Vor diesem Hintergrund positionieren sich die hessischen Jugendverbände mit diesem Selbstverständnispapier zur politischen Bildung und verpflichten sich einem kritisch-emanzipatorischen Verständnis politischer Bildungsarbeit in den Jugendverbänden.

## Grundannahmen und Ziele politischer Bildung

Die zentrale Grundidee politischer Bildung ist es, die Mündigkeit von Subjekten zu fördern. Konkreter bedeutet dies, Menschen dazu zu befähigen, sich souverän in der Welt zurechtzufinden und selbstbestimmt ihre politischen Interessen formulieren und vertreten zu können. Politische Bildung

ist damit nicht nur aus der Perspektive von Individuen relevant, sondern grundsätzlich für das Gelingen demokratischer Aushandlungsprozesse in einer pluralistischen Gesellschaft von Bedeutung.

Komplizierter wird es, wenn man genauer danach fragt, was es heißt, Menschen durch Bildungsarbeit dabei zu unterstützen, zu mündigen Subjekten zu werden. Um welche Kompetenzen und Inhalte soll es dabei gehen und inwiefern sind diese als "politisch" zu verstehen?

Die hessischen Jugendverbände hatten in den letzten Jahrzehnten einen wesentlichen Anteil daran, ein emanzipatorisches und kritisches Verständnis politischer Bildung zu etablieren. Die zentrale Idee dieses Verständnisses ist knapp zusammengefasst diese: Junge Menschen werden dazu befähigt, sich kritisch mit den eigenen Lebensumständen und der Gesellschaft, in der sie leben, auseinanderzusetzen, um gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse reflektieren und verändern zu können. Politische Bildung dient zum einen der Mündigkeit junger Menschen selbst. Sie macht erkennbar, wo demokratische Defizite bestehen und inwiefern die eigene Perspektive und das eigene Handeln in gesellschaftliche Machtverhältnisse eingebunden ist. Zum anderen geht es auch darum, zu einer demokratischeren, sozial und ökologisch gerechteren Welt beizutragen, in der sich alle Menschen Gehör verschaffen können und Formen der Diskriminierung sowie strukturelle Ungerechtigkeiten problematisiert und beseitigt werden.

Politische Bildung erschöpft sich daher nicht in der Vermittlung von Wissen, das junge Menschen in die Lage versetzt, grundlegende politische (oder parlamentarische) Prozesse verstehen und an diesen teilhaben zu können. Ähnliches gilt für Kompetenzen, die für ein demokratisches Miteinander zentral sind und in Begrifflichkeiten wie „Demokratielernen“ oder „Demokratiebildung“ oftmals ihren Ausdruck finden. So wichtig es ist, grundlegende demokratische und soziale Kompetenzen – wie Empathie, Perspektivübernahme oder die Bereitschaft zu Kompromissen und die Akzeptanz von Entscheidungen – zu erlernen und einzuüben, sollten diese doch eine Selbstverständlichkeit jeder pädagogischen Arbeit sein. Politische Bildung ist, um es noch einmal deutlich zu machen, anspruchsvoller: Sie unterstützt junge Menschen dabei, sich in einer politisch komplexen Welt zu orientieren, und ermutigt sie dazu, sich kritisch mit dieser auseinanderzusetzen. Sie vermittelt dabei insbesondere, dass gesellschaftliche Verhältnisse menschengemacht sind, und bestärkt junge Menschen darin, aktiv für Veränderungen zu streiten.

## **Bedeutung für die Praxis – Qualitätsmerkmale Politischer Bildung im Jugendverband**

Zentrale Qualitätsmerkmale und Prinzipien, die einer guten politischen Bildungspraxis zugrunde liegen, sind:

- **Alltags- und Lebensweltorientierung.** Politische Bildung im Jugendverband sollte dort ansetzen, wo junge Menschen stehen und das thematisieren, was sie in ihrem Alltag erfahren und was sie bewegt. Dieses didaktische Prinzip ist die Grundlage dafür, dass Themen interessant sind, und eine Brücke geschlagen werden kann von Alltagserfahrungen zu systemischen, gesellschaftspolitischen Fragen. Aktive in Jugendverbänden wissen oder haben die Möglichkeiten herauszufinden, was die Kinder und Jugendlichen in ihrem Verband beschäftigt und kennen gute Anknüpfungspunkte für politische Bildung. Beispielsweise kann ein Thema von Jugendlichen sein, dass es keine geeigneten Orte oder Räumlichkeiten in ihrem Wohnort für Treffen und Austausch gibt. Daran wird gezeigt, dass in dieser Gesellschaft die Bedürfnisse von jungen Menschen oft zu wenig oder keine Beachtung finden. Gemeinsam wird dann erarbeitet, wie sich die Jugendlichen Räume aneignen können oder an wen die Forderung am besten gerichtet wird (z. B. Kommunalpolitiker\_innen) und welche Mittel hierzu zur Verfügung stehen (z.B. die mediale Öffentlichkeit).

- **Selbstorganisation und Selbstwirksamkeit.** Jugendverbände sind Orte, in denen Kinder und Jugendliche Selbstwirksamkeit erfahren. Sie sind besonders attraktiv, weil Jugendliche hier vieles selbst organisieren, also auch selbst entscheiden und gestalten können. Sie machen die Erfahrung, sich gemeinsam Herausforderungen zu stellen und gewinnen Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit. Politische Bildung sollte genau diese Erfahrungen ebenfalls ermöglichen: Einerseits sollte sie so beschaffen sein, dass Kinder und Jugendliche entweder inhaltlich oder methodisch mitgestalten können, andererseits sollte sie Selbstorganisation und Selbstwirksamkeit als wichtige Basis für eine demokratische Gesellschaft darstellen und vermitteln.  
Akteur\_innen in der politischen Bildung können das über die Darstellung von emanzipatorischen Errungenschaften erreichen, die nur durch selbstorganisierte soziale Bewegungen möglich waren. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang beispielsweise das Recht auf straffreie Abtreibung, das erst erkämpft werden musste, oder die Klimakrise, die nur aufgrund der Demonstrationen und Proteste vorwiegend junger Menschen medial und politisch deutlich präsenter geworden ist.
- **Handlungsorientierung.** Politische Bildung hat immer auch Handlung im Blick, d.h. es geht u.a. darum, Gelerntes in die Praxis umzusetzen. Akteur\_innen der politischen Bildung sollten bei der Übersetzung von Themen zurück in den Alltag unterstützen. Dabei steht ihnen ein großes Methodenrepertoire zur Verfügung.  
Beispielsweise können sie junge Menschen ermutigen, sich auch im Alltag couragiert gegen Rassismus einzusetzen. Es kann auch um die Vermittlung von Kinder- und Jugendrechten gehen. Dabei wird gemeinsam reflektiert, ob und inwiefern sich diese Rechte in der eigenen Lebenssituation verwirklichen. Es werden Wege aufgezeigt, wie junge Menschen sich mit anderen zusammenschließen können, um ihre Rechte einzufordern, Interessen gemeinsam durchzusetzen und sich solidarisch füreinander einzusetzen.
- **Kontext, Haltung und Kritik.** Politische Bildung ist kein neutrales Unterfangen; sowohl die Beteiligten als auch die verhandelten Inhalte sind eingebettet in einen gesellschaftlichen Rahmen, der durch Macht- und Herrschaftsbeziehungen gekennzeichnet ist. Dies gilt es insbesondere bei der Konzeption und Durchführung von Angeboten zu berücksichtigen, um eine möglichst inklusive, diskriminierungsfreie Lernumgebung zu schaffen. Daraus ergibt sich auch ein besonderer Anspruch daran, wie und welche Inhalte vermittelt werden – und nicht zuletzt die Notwendigkeit, kritisch zu reflektieren, welche (ideologischen) Effekte und politischen Auswirkungen diese haben könnten. Wenn sich beispielsweise die Auseinandersetzung mit dem Thema “Nachhaltigkeit” im Wesentlichen auf Fragen des individuellen Verzichts und persönlicher Verhaltensänderungen konzentriert, dann kann dies dazu führen, dass der Fokus zu sehr auf das eigene individuelle Handeln und das der Mitbürger\_innen gelegt wird. Denn dabei werden nicht selten relevante gesellschaftliche Strukturen und die Verantwortung politischer Akteur\_innen ausgeblendet. Politische Bildung muss daher dazu beitragen, Machtverhältnisse zu erkennen und kritisch zu hinterfragen. Dies kann auch eine kritische Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedeuten: Politische Bildung in der Jugendverbandsarbeit hängt seit jeher mit der Frage zusammen, wie andere Formen des Zusammenlebens aussehen könnten. Diese Form der Utopiekompetenz ist ein besonderes Ziel der politischen Bildung in der Jugendverbandsarbeit.

## Politische Bildung und gesellschaftliche Herausforderungen

Die in diesem Selbstverständnispapier betonte kritische, emanzipatorische Tradition politischer Bildung gilt es in den kommenden Jahren gemeinsam weiterzuentwickeln, praktisch wirksam werden zu lassen und politisch zu vertreten. Dies gilt gerade auch vor dem Hintergrund zahlreicher,

drängender gesellschaftlicher Herausforderungen. Hierzu zählt die sich weiter zuspitzende Klimakrise, die junge Menschen besonders bewegt und betrifft. Dazu gehört auch das Erstarken rechter Parteien und reaktionärer Diskurse, die sich gegen gesellschaftliche Vielfalt und dabei häufig gegen besonders vulnerable Gruppen richten. Zugleich sollte ein wichtiger Punkt abschließend nicht unerwähnt bleiben: Politische Bildungsarbeit sollte nicht überbeansprucht und als Lösungsinstrument aller tiefgreifenden gesellschaftlichen Probleme gesehen werden. Politische Jugendbildung ist in erster Linie als Anspruch junger Menschen zu verstehen, in ihrer politischen Autonomie gestärkt zu werden.

*Beschlossen am 18. November 2023 auf der Vollversammlung des Hessischen Jugendrings.*